

POSTULAT von Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), Felix Hoesch (SP, Zürich), Gabriel Mäder (GLP, Adliswil), Martin Huber (FDP, Neftenbach), Michael Bänninger (EVP, Winterthur), Manuel Sahli (AL, Winterthur) und Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur)

Betreffend Strategie für die digitale Souveränität des Kantons Zürich

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Strategie zu erarbeiten, um die digitale Souveränität des Kantons Zürich langfristig sicherzustellen. Die Strategie soll auf folgende Aspekte fokussieren:

- Für die IKT-Grundversorgung, IKT-Services für kritische Infrastrukturen und im Umgang mit Personendaten soll der Kanton Zürich die Abhängigkeiten von ausländischen Cloud-Anbietern, die nicht Schweizer Recht und Gerichtsbarkeit unterstehen, minimieren.
- Bei der Softwarebeschaffung sowie der Entwicklung eigener Fachapplikationen und Services sind die interkantonale Zusammenarbeit sowie die Kooperation mit dem Bund zu stärken und Open-Source-Software einzusetzen, um diese selbstständig weiterentwickeln zu können.
- Bei der Hardwarebeschaffung ist darauf zu achten, dass diese sicher ist und unerwünschte Fremdzugriffe nicht erfolgen.
- Der Schutz besonderer Personendaten ist zu stärken.
- Die Teilhabe der Bevölkerung muss gewährleistet sein. Digitale Informationen und Dienstleistungen des Kantons Zürich müssen plattformunabhängig zugänglich sein.

Begründung:

Die Einführung der Microsoft 365 Cloud in der kantonalen Verwaltung führt zu einem «Vendor Lock-in»: Die Abhängigkeit des Kantons Zürich von einem einzelnen Unternehmen wird immer grösser, der Wechsel auf andere Produkte respektive Anbieter immer teurer und schwieriger. Damit steigt auch das Risiko, politisch unter Druck zu geraten. Beispielhaft dafür steht die Sperrung des E-Mailkontos des Chefanklägers des internationalen Gerichtshofs durch oben genannten Anbieter im Mai 2025.

Dieser Vulnerabilität und der damit zusammenhängenden Gefahr eines «Lawful Access» gilt es entgegenzuwirken: Um digital handlungsfähig zu bleiben, braucht es eine souveräne kantonale Infrastruktur. Es ist zentral, bei der IKT-Grundversorgung, den IKT-Services für kritische Infrastrukturen (darunter Wasserversorgung, Öffentlicher Verkehr, Strom) und im Umgang mit Personendaten die Abhängigkeiten auf ein Minimum zu reduzieren. Der Kanton Zürich soll dafür die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und dem Bund stärken und bei der Entwicklung eigener Fachapplikationen und Services auf Open-Source-Lösungen zurückgreifen. Die Investition in Open-Source-Software lohnt sich hier gerade darum, weil es oftmals keine Standardlösungen gibt und der Kanton als Auftraggeber die Quellcodes weiterverwenden und -entwickeln kann. So kann er die organisatorischen und wirtschaftlichen Folgen mindern, wenn eine Firma Konkurs geht oder die (Weiter-)Entwicklung einer Software einstellt (wie bei «Juris X» geschehen).

Die Softwarekosten weiter reduzieren kann der Kanton dank der Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und dem Bund. Auch ist es sinnvoll, interkantonale Synergien in verschiedenen Politikfeldern wie Bildung oder Justiz und Sicherheit zu nutzen. Plattformen zur Koordination stehen bereit, beispielsweise die Digitale Verwaltung Schweiz oder das neue «Netzwerk souveräne digitale Schweiz» (SDS). Ziel ist es, mit einer stärkeren interkantonalen und nationalen Zusammenarbeit die eigenen digitalen Arbeitsplätze langfristig souverän zu betreiben.

Mit einer souveränen digitalen Infrastruktur stellt der Kanton Zürich schliesslich sicher, dass die kantonale und die nationale Datenschutzgesetzgebung eingehalten werden. Besondere Personendaten, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Sozialwesen, Bildung, Justiz und Sicherheit, sind damit geschützt und vor unberechtigtem Zugriff durch ausländische Firmen oder Regierungen sicher.

Benjamin Krähenmann
Felix Hoesch
Gabriel Mäder
Martin Huber
Michael Bänninger
Manuel Sahli
Thomas Anwander